

## FDP ist am häufigsten zu Gast

**Medien** Der «Rundschau-Talk» von letzter Woche ist in der Kritik, weil die GLP-Fraktionschefin vier Tage vor den Zürcher Wahlen 40 Minuten lang interviewt wurde. Eine Auswertung zeigt: Andere Parteien haben in der Sendung viel mehr Gewicht. Mit der Sendung will das Moderatorenduo Bundesrätin und Spitzenpolitikern auf den Zahn fühlen. Seit der Einführung im März 2017 profitierte davon allen voran die FDP. In gut der Hälfte der Sendungen kamen FDP-Politiker zu Wort: Zweimal war Parteipräsidentin Petra Gössi zu Gast, dreimal FDP-Bundesräte.

Die CVP war mit Parteipräsident Gerhard Pfister zweimal vertreten, einmal mit Bundesrätin Viola Amherd. Die SP war einmal mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga präsent und einmal mit ihrem Parteipräsidenten Christian Levrat. Nur einen einzigen Auftritt hatte die SVP mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Der «Rundschau-Talk» sorgte auf Twitter zwar für harsche Kritik seitens der SVP – beim SRF-Ombudsmann Roger Blum sind aber noch keine Beanstandungen eingegangen. (ba)

## Alfred Heer gibt auf

**Ständeratskandidatur** Der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer verzichtet auf seine Kandidatur in den Ständerat. Er hat sich zurückgezogen und will nun «mit aller Kraft die Kandidatur von Roger Köppel unterstützen». Für diesen hat sich am Dienstagabend der Kantonalvorstand ausgesprochen. Den definitiven Entscheid fällen die Delegierten am 2. April. Parteipräsident Konrad Langhart ist überzeugt, den Delegierten mit Roger Köppel «den idealen Ständeratskandidaten vorzuschlagen», heisst es in einer Mitteilung der Partei vom Mittwoch.

Die Zürcher SVP ist seit zwölf Jahren nicht mehr im Ständerat vertreten. Ihre Chancen auf einen der beiden Sitze sind gering, denn die beiden amtierenden Ständeräte, Daniel Jositsch (SP) und Ruedi Noser (FDP), treten beide nochmals an. (sda)



Ferienwohnungen in der Walliser Gemeinde Bellwald.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone (Bellwald, 21. Januar 2019)

# Zweitwohnungsstreit eskaliert

**Raumplanung** In der Auseinandersetzung um Zweitwohnungen greifen Walliser Politiker zu einem radikalen Mittel. Sie wollen das Verbandsbeschwerderecht der Naturschutzorganisationen angreifen.

**Roger Braun**

Er wolle primär die Interessen seines Kantons vertreten, sagte Philipp Matthias Bregy, als er diesen Monat für Viola Amherd in den Nationalrat nachrückte. Und in der Tat: Mit seinem ersten Vorstoss tut er das fast schon in klischeehafter Art und Weise.

Das Wallis hadert bis heute mit der Zweitwohnungs-Initiative. Seit dem Volksentscheid 2012 dürfen Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von 20 Prozent keine Ferienwohnungen mehr bauen. Immer wieder intervenierten Walliser Politiker deswegen in Bern. Nun wagt Bregy jenen Schritt, vor dem sich die anderen Politiker bisher gescheut haben: Er will das Verbandsbeschwerderecht einschränken.

### Viele Einsprachen gegen Bauvorhaben

Unmittelbarer Anlass ist die Umweltschutzorganisation Helvetia Nostra. Sie stand einst hinter der Volksinitiative, nun wacht sie

über die Einhaltung des Gesetzes. Alleine im Wallis hat sie die vergangenen drei Jahre über 300 Einsprachen gegen Erstwohnungen eingereicht, in denen sie den Bau verdeckter Zweitwohnungen vermutete.

CVP-Nationalrat Bregy sieht darin einen Missbrauch des Beschwerderechts. Er hat eine parlamentarische Initiative eingereicht, die den Naturschutzorganisationen ihr Beschwerderecht gegen Bauvorhaben mit weniger als 600 Quadratmeter Bruttogeschossfläche entziehen würde. Bregy beklagt einen «Kampf zwischen David und Goliath», der dem einfachen Bürger keine Chance lasse. Er sagt: «Eine Familie, die ein Einfamilienhaus bauen möchte, steht einer nationalen Organisation gegenüber, die unerschöpfliche Geldquellen hat – das ist nicht fair.»

Mit dem Angriff auf das Verbandsbeschwerderecht dürfte Bregy in ein Wespennest stechen. Die FDP hatte vor gut zehn Jahren eine Volksinitiative zur Ab-

schaffung lanciert und fiel damit grausam auf die Nase. Zwei Drittel der Stimmbevölkerung lehnte das Ansinnen nach einer kraftvollen Kampagne der Naturschutzverbände ab. Bregy ist sich dessen bewusst. Er sagt: «Ich will das Verbandsbeschwerderecht nicht aufheben, sondern lediglich einschränken.» Einsprachen gegen grössere Bauprojekte sollen möglich bleiben; auch um geschützte Ortsbilder zu schützen, sollen Umweltschutzorganisationen weiterhin vor Gericht ziehen können. «Es geht einzig darum, die Bürger mit ihren Träumen vom Eigenheim vor der Klagemaschinerie nationaler Umweltschutzorganisationen zu schützen», sagt Rechtsanwalt Bregy.

Bei Helvetia Nostra kommt der Vorstoss schlecht an. «Die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts würde den Landschaftsschutz empfindlich schwächen», sagt Präsidentin Vera Weber. Für sie gibt es keinen Handlungsbedarf. «Nicht wir sind das Problem, sondern jene

Leute, die das Gesetz umgehen wollen», sagt Weber. Sie verweist auf das Bundesgericht, das Helvetia Nostra in fünf Fällen recht gegeben hat. Weber sagt: «Es ist langsam an der Zeit, dass die Politik merkt, dass nicht wir das Gesetz brechen, sondern die Behörden, die willfährig Baubewilligungen vergeben.»

### Naturschutzorganisationen sind bereit für Kampf

Widerstand kündigt auch der Präsident der Stiftung Landschaftsschutz Kurt Fluri an. «Die flächenmässige Grösse eines Bauprojektes ist kein relevantes Kriterium dafür, ob es die Interessen des Landschaftsschutzes verletzt oder nicht», sagt der Solothurner FDP-Nationalrat. Bregy ist nicht der erste Walliser, der sich über das Beschwerderecht von Helvetia Nostra ärgert. SVP-Nationalrat Franz Ruppen hatte den Bundesrat Anfang Jahr aufgerufen, etwas gegen die «Hexenjagd» auf unbescholtene Bürger zu unternehmen. Auch FDP-Na-

tionalrat Philippe Nantermod und die heutige Bundesrätin Viola Amherd suchten nach parlamentarischen Wegen, um die Beschwerden zu verhindern. Vergeblich: Der Bundesrat sah bisher keinen Grund für eine Änderung des Gesetzes. Mit Bregys Vorstoss dürfte nun allerdings Bewegung in die Diskussion kommen. Damals im Jahr 2008 befürwortete neben der FDP als Urheberin der Initiative auch die SVP die komplette Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts. Nun, da es lediglich um die Einschränkung des Rechtsmittels geht, dürfte der Vorstoss auch bei der CVP auf Sympathie stossen.

Umso mehr, als dass neben Bregy 6 weitere Parteimitglieder den Vorstoss unterzeichnet haben. Der Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz Kurt Fluri gibt sich kampfeslustig. Er sagt: «Solte die Einschränkung im Parlament eine Mehrheit finden, kann ich mir gut vorstellen, dass die betroffenen Verbände zum Referendum greifen werden.»

ANZEIGE



## Unerhört gut. Hörgeräte von **Fielmann**.

Fielmann bietet nicht nur eine Riesenauswahl an Brillen und Kontaktlinsen, sondern in vielen Niederlassungen auch eine grosse Auswahl moderner Hörsysteme. Auf alle Hörsysteme gewährt Fielmann die Geld-zurück-Garantie. Machen Sie einen kostenlosen Hörtest. Kompetente Hörakustiker überprüfen Ihr Hörvermögen mit modernster Technologie. Jederzeit.

**Hörgeräte-Batterien**  
6er-Pack, Top-Markenqualität,  
für alle Hörsysteme erhältlich.

1.95 CHF

---

**Hörgeräte: Fielmann.** Auch in Ihrer Nähe:  
**Luern**, Weggisgasse 36–38, Tel.: 041 417 44 50;  
**Zug**, Bahnhofstrasse 32, Tel.: 041 728 07 50

www.fielmann.com

fielmann

Hörgeräte aller  
grossen Marken  
kostenlos testen.